

**Informationen
gemäß Artikel 12 bis 14 der
Datenschutz-Grundverordnung
(DS-GVO)**

**für den Bereich des Rechts- und Personalamtes
der Stadtverwaltung Seligenstadt**



vom 25.05.2018
in der Fassung vom 01.04.2021

Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte Form schließt alle Formen (m/w/d) ein.

1. Vorbemerkung

Gemäß Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 DS-GVO bezeichnen „personenbezogene Daten“ alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen.

Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung

- zu einer Kennung wie einem Namen,
- zu einer Kennnummer,
- zu Standortdaten,
- zu einer Online-Kennung
- oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen

identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person ist.

Juristische Personen oder Verstorbene werden von der Bestimmung der DS-GVO nicht erfasst. Zu beachten ist aber insbesondere im Hinblick auf Informationen über verstorbene Personen, dass diese Informationen Bezüge zu lebenden Personen haben und damit auch dem Datenschutzrecht unterliegen können.

Keine personenbezogenen Daten sind anonymisierte Daten. Wenn Behörden personenbezogene Daten verarbeiten, bedeutet das, dass sie diese Daten z. B. erheben, speichern, verwenden, übermitteln, zum Abruf bereitstellen oder löschen.

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir erheben, bei wem wir sie erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

2. Wer sind wir?

„Wir“ sind das Rechts- und Personalamt der Stadtverwaltung Seligenstadt und für die Verarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere von sich bewerbenden Personen für ein Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis sowie von Personen in einem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis (Bedienstete nach Tarifrecht, Beamte einschließlich der Anwärter, Auszubildenden und Praktikanten) zu Zwecken der Personalgewinnung, -erhaltung, -bindung, -entwicklung und Ausbildung sowie der Entgelt- und Bezügezahlung verantwortlich.

2.1 Verantwortliche für die Datenverarbeitung:

Stadt Seligenstadt

Rechts- und Personalamt

Marktplatz 1

63500 Seligenstadt

Telefon: +49 (0)6182- 87-1110

+49 (0)6182- 87-1140

personalamt@seligenstadt.de

2.2 Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Die Datenschutzbeauftragte der Stadt Seligenstadt

Marktplatz 1

63500 Seligenstadt

datenschutz@seligenstadt.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO), dem Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) sowie weiteren bereichsspezifischen landesrechtlichen Vorschriften. Insbesondere verarbeiten wir personenbezogene Daten zur Erfüllung unserer rechtlichen Verpflichtungen (Art. 6 Abs. 1 lit. c) DS-GVO) oder wenn die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt (Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO).

3.1 Aufgaben des Personalamts

- Personenbezogene Daten von Beschäftigten werden für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses verarbeitet, wenn dies für die Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses oder nach Begründung des Beschäftigungsverhältnisses für dessen Durchführung, Beendigung oder Abwicklung sowie zur Durchführung innerdienstlicher planerischer, organisatorischer, sozialer und personeller Maßnahmen erforderlich ist (vgl. § 23 Absatz 1 S. 1 HDSIG), oder in einer Rechtsvorschrift, einem Tarifvertrag oder einer Dienstvereinbarung (Kollektivvereinbarung) vorgesehen ist (vgl. § 23 Absatz 1 S. 2 HDSIG).
- Verarbeitungen personenbezogener Daten von Beschäftigten, die nicht von § 23 Absatz 1 HDSIG erfasst sind, dürfen gemäß § 23 Absatz 2 HDSIG nur mit Einwilligung der betroffenen Person erfolgen. Für die Beurteilung der Freiwilligkeit der Einwilligung berücksichtigen wir insbesondere die im Beschäftigungsverhältnis bestehende Abhängigkeit der betroffenen Person sowie die Umstände, unter denen

die Einwilligung erteilt worden ist. Freiwilligkeit kann insbesondere vorliegen, wenn für die betroffene Person ein rechtlicher oder wirtschaftlicher Vorteil erreicht wird oder der Dienstherr oder der Arbeitgeber und die betroffene Person gleichgelagerte Interessen verfolgen.

Die Einwilligung bedarf der Schriftform, soweit nicht wegen besonderer Umstände eine andere Form angemessen ist. Die beschäftigte Person klären wir in diesem Fall über den Zweck der Datenverarbeitung und über ihr Widerrufsrecht nach Artikel 7 Abs. 3 der DS-GVO auf.

- Besondere Kategorien personenbezogener Daten für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses dürfen wir gemäß § 23 Absatz 3 HDSIG, abweichend von Artikel 9 Abs. 1 DS-GVO dann verarbeiten, wenn dies zur Ausübung von Rechten oder zur Erfüllung rechtlicher Pflichten aus dem Arbeitsrecht, dem Recht der sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes erforderlich ist und kein Grund zu der Annahme besteht, dass das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person an dem Ausschluss der Verarbeitung überwiegt. Erfolgt die Verarbeitung auf der Grundlage einer Einwilligung, bezieht sich die Einwilligung ausdrücklich auf diese Daten.
- Soweit uns eine betroffene Person eine Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a) DS-GVO) zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke (z. B. Veröffentlichung von Fotos, Newsletter-Versand, Einladung zu Empfängen, etc.) erteilt hat, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis dieser Einwilligung gegeben. Wenn der Stadtverwaltung Seligenstadt bzw. dessen Mitarbeitern Kontaktdaten in Form von z. B. Visitenkarten, Brief oder E-Mail zur Verfügung gestellt werden, sehen wir darin die Zustimmung, dass wir diese Daten zum Zweck der weiteren Kontaktpflege speichern dürfen. Diese Zustimmung erstreckt sich nur dann auf die Verarbeitung „besonderer Kategorien von personenbezogenen Daten“ gemäß Art. 9 Absatz 1 DS-GVO (z. B. Angaben über eine Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, Gewerkschaft oder einer Kirche), wenn der Ansprechpartner diese Information in seiner spezifischen Rolle als Vertreter einer politischen Partei, einer Gewerkschaft oder einer Kirche gegenüber der Stadtverwaltung Seligenstadt aktiv zur Verfügung stellt.

Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der DS-GVO, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind. Der Widerruf einer Einwilligung wirkt erst für die Zukunft und berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten Daten.

4. Kategorien personenbezogener Daten

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

- Personenstammdaten, Identifikationsangaben
 - Name, Vorname
 - Geschlecht
 - Geburtsdatum und -ort
 - Nationalität
 - Steuernummer, Identifikationsnummer
- Kommunikationsdaten
 - Telefon, E-Mail, Mobilfunknummer, Anschrift
- Gesundheitsdaten,
- Familienstand, Kinder und Familienzugehörigkeit,
- Gehalts- und Bezügedaten,
- Bankverbindung,
- Arbeitszeiterfassungsdaten,
- und weitere personenbezogene Daten.

Wir erheben personenbezogene Daten in erster Linie bei der betroffenen Person selbst, z. B. durch vorliegende Bewerbungen, Mitteilungen und Anträge. Darüber hinaus erheben wir personenbezogenen Daten bei Dritten, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet sind.

5. Empfänger personenbezogener Daten

Alle uns bekannt gewordenen personenbezogenen Daten von betroffenen Personen dürfen wir nur dann an andere Personen oder Stellen weitergeben, wenn diese dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

6. Übermittlung an ein Drittland

Zurzeit wird eine Übermittlung an Drittstaaten weder geplant noch durchgeführt. Eine Datenübermittlung an Stellen in Staaten außerhalb der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums (sogenannte Drittstaaten) würde nur stattfinden, soweit

- es gesetzlich vorgeschrieben ist (z. B. steuerrechtliche Meldepflichten),
- Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben oder
- dies durch das berechtigte Interesse datenschutzrechtlich legitimiert ist und keine höheren schutzwürdigen Interessen des Betroffenen dem entgegenstehen.

7. Dauer der Speicherung

Vorrangig für die Dauer der Speicherung sind konkrete Aufbewahrungs- und Löschfristen (z.B. Bestimmungen des TVöD für Personalakten, des HDSIG für Daten von Bewerbern für ein Beschäftigungsverhältnis. Als Orientierung bedienen wir uns ebenfalls der Empfehlungen des Gutachtens der KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement). Ansonsten verarbeiten und speichern wir Ihre personenbezogenen Daten solange dies für die Erfüllung unserer Aufgaben erforderlich und legitim ist.

Personenbezogene Daten, die wir vor der Eingehung eines Beschäftigungsverhältnisses erhoben haben, löschen wir unverzüglich, sobald feststeht, dass ein Beschäftigungsverhältnis nicht zustande kommt, es sei denn, dass die betroffene Person in die weitere Speicherung eingewilligt hat oder dies wegen eines bereits anhängigen oder wahrscheinlich zu erwartenden Rechtsstreits erforderlich ist. Nach Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses löschen wir personenbezogene Daten, wenn diese Daten nicht mehr benötigt werden, es sei denn, es stehen Rechtsvorschriften der Löschung entgegen.

8. Automatisierte Entscheidungsfindung

Wir nutzen keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling) gemäß Art. 22 DS-GVO.

9. Datensicherungsmaßnahmen

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten setzen wir technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen auf Basis von IT-Grundschutz des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sowie gemäß den Vorgaben der DS-GVO um, damit die Verfügbarkeit, Vertraulichkeit, Integrität und Authentizität der Daten sichergestellt ist.

10. Betroffenenrechte

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte.

10.1 Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern (Art. 15 DS-GVO).

10.2 Recht auf Berichtigung

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen (Art. 16 DS-GVO).

10.3 Recht auf Löschung

Sie können, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft, die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen.

10.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, Sie aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangen, wenn Sie die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigen und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

10.5 Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, sofern die Voraussetzungen des Art. 20 DS-GVO erfüllt sind.

10.6 Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Absatz 1 lit. e) oder f) DS-GVO erfolgt, Widerspruch einzulegen (Art. 21 DS-GVO). Allerdings können wir dem nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegt, oder eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

10.7 Empfänger eines Widerspruchs

Der Widerspruch kann formfrei unter Angabe Ihres Namens, Ihrer Adresse und Ihres Geburtsdatums erfolgen und sollte an die Stelle gerichtet werden, welche die Auskunft verlangt hat, im Zweifel an folgende Adresse:

Stadt Seligenstadt

Rechts- und Personalamt

Marktplatz 1

63500 Seligenstadt

personalamt@seligenstadt.de

11. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Bei der folgenden zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde können Sie Beschwerde einlegen:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und die Informationsfreiheit

Postfach 3163

65021 Wiesbaden

+49 611-1408-0

poststelle@datenschutz.hessen.de

12. Allgemeine Hinweise zu diesen Rechten:

In einigen Fällen können oder dürfen wir Ihrem Anliegen nicht entsprechen. Sofern dies gesetzlich zulässig ist, teilen wir Ihnen in diesem Fall immer den Grund für die Verweigerung mit. Wir werden Ihnen aber grundsätzlich innerhalb eines Monats nach Eingang Ihres Anliegens antworten. Sollten wir länger als einen Monat für eine abschließende Klärung brauchen, erhalten Sie eine Zwischennachricht.